

Protokoll

**der Bürgersprechstunde von Herrn Stadtbaurat Leuer im Stadtbezirk 323
– Wenden-Thune-Harxbüttel – am Mittwoch, 11. November 2015, 16:30 Uhr bis
18:30 Uhr, Gemeinschaftshaus Wenden, Veltenhöfer Str. 3
Anwesende Bürgerinnen und Bürger: 31**

Herr Bezirksbürgermeister Kroll begrüßt Herrn Stadtbaurat Leuer, die anwesenden Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltungsmitarbeiter, die er kurz vorstellt, zur Bürgersprechstunde. Nach einigen einführenden Worten bittet Herr Stadtbaurat Leuer um Wortmeldungen.

1. Ein betroffener Bürger aus Harxbüttel beklagt sich über die baurechtliche Einstufung des ehemaligen Dorfgebietes in Harxbüttel als ein reines Wohngebiet. Er verweist auf die dortige Kleintierhaltung und bittet um Auskunft, ob durch die Einstufung als reines Wohngebiet nunmehr auch ein erhöhter Anspruch auf Lärmschutz besteht.

Herr Stadtbaurat Leuer erläutert das Verfahren in den Fällen, in denen es im Innenbereich von Ortschaften keinen Bebauungsplan gibt. Herr Stadtbaurat Leuer sagt zu, das Thema mit seinen Mitarbeitern zu besprechen und sich von ihnen erläutern zu lassen. Hinsichtlich des Lärmschutzes gibt es für den vorhandenen Bestand keinen höheren Anspruch auf Lärmschutz aufgrund der Einstufung als reines Wohngebiet.

2. Eine Bürgerin bittet um eine Auskunft zum Planungsstand hinsichtlich des Umbaus „Brühlkamp“. Sie verweist darauf, dass ihre Familie dort ein Gewerbe betreibt und auf eine ständige Freihaltung der Grundstückszufahrt angewiesen sei.

Herr Stadtbaurat Leuer erläutert, dass in gleichartigen Straßenbaumaßnahmen die Bauleiter auf die Anlieger zukommen und im Gespräch mit ihnen deren Anliegen berücksichtigen.

Herr Benschmidt betont, dass es derzeit keinen aktuellen Planungsstand zum Umbau der Straße „Brühlkamp“ gebe. Er verweist außerdem darauf, dass die Anlieger bei Straßenbauprojekten sehr früh über Informationsveranstaltungen eingebunden werden. Es bestehe daher keine Gefahr, dass die Anlieger kurzfristig vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

3. Ein Bürger fragt nach einem möglichen neuen Sachstand zum Tanklager Thune.

Lt. Herrn Stadtbaurat Leuer gibt es dazu keinen neuen Sachstand.

4. Ein Bürger beklagt die anfahrenden Baufahrzeuge zur Baustelle der Firma Perschmann über die Straße „Wendebrück“ und „Hauptstraße“ und fragt nach, warum die Baufahrzeuge nicht über die alte Bundesstraße 4 anfahren.

Herrn Stadtbaurat Leuer ist eine Sondergenehmigung für die Lkw auf der Straße „Wendebrück“ nicht bekannt. Die Lkw fahren dort daher wegen der vorhandenen Beschilderung unberechtigt. Die Verwaltung wird Kontakt zu der Firma Perschmann aufnehmen, um das rechtswidrige Verhalten der Lkw-Fahrer zu ändern bzw. es zu verhindern.

5. Eine Mutter aus Harxbüttel erläutert das Problem für die Kinder aus Harxbüttel und Thune, die zu einer Integrierten Gesamtschule in Braunschweig fahren müssen. Durch die schlechten Anbindungen und das zweimalige Umsteigen benötigen die Kinder mindestens eine Stunde zu den Integrierten Gesamtschulen. Zur Oberschule nach der Samtgemeinde Papenteich dürften sie inzwischen nicht mehr fahren.

Herr Meier von der Braunschweiger Verkehrs-GmbH sagt eine Ermittlung zu, wieviel Schüler nicht nach Wenden zum Lessinggymnasium gehen, um die vorhandenen Buskapazitäten zu überprüfen.

6. Ein Bürger beklagt die zu kurze Endhaltestelle der Straßenbahnlinie am „Heideblick“. Wenn eine zweite Straßenbahn mit einem Anhänger am Bahnsteig A ankommt, müssten die im Anhänger mitfahrenden Personen im Grünen aussteigen. Dies sei meist mittags der Fall. Es würde schon genügen, dort ein wenig Mineralgemisch aufzubringen.

Herr Meier von der Braunschweiger Verkehrs-GmbH wird das Thema mitnehmen und mit seinen Mitarbeitern eine Lösung des Problems besprechen.

7. Ein Anwohner wohnt in der Verlängerung der Straße „Heideblick“ und bittet um Auskunft, wie der Sachstand zum Baugebiet „Wenden-West“ sei.

Herr Stadtbaurat Leuer erläutert, der Flächennutzungsplan sehe für das Gebiet ein Wohngebiet vor. Planerisch stehe das Gebiet allerdings nicht in der höchsten Priorität der Bauverwaltung. Herr Stadtbaurat Leuer geht in dem Zusammenhang auf das Vorhaben der Stadt Braunschweig ein, Planungsrecht für 6.000 Wohneinheiten bis zum Jahr 2020 zu schaffen.

Hinsichtlich „Wenden-West“ gäbe es auch Probleme beim Ankauf der notwendigen Grundstücke, die sich nicht in städtischem Eigentum befinden. Ein konkretes Datum für die Umsetzung des Baugebietes „Wenden-West“ kann nicht genannt werden.

8. Ein Bürger berichtet, dass es auf seinem Grundstück kein Trinkwasser und nur eine Grubenabfuhr gibt. Er beklagt eine angekündigte starke Erhöhung der Grubenabfuhrgebühren.

Herr Benschmidt geht auf die Kosten für die Grubenabfuhr ein. Die Gebühren decken allerdings nur die Hälfte der hohen Kosten. Eine Erhöhung der Grubenabfuhrgebühren sei aktuell nicht geplant.

9. Eine Anwohnerin berichtet über die Anwohnerproblematik in der Rathenowstraße, die durch anfahrende Eltern zur am Ende der Straße liegenden Kita stark belastet sind. Sie beklagt das absolute Halteverbot am westlich des Kindergartens befindlichen Bolzplatzes „Lindenstraße“. Dadurch seien die Eltern gezwungen, in die enge Rathenowstraße einzufahren. Die am dortigen Wendehammer wohnenden Anlieger werden immer wieder in ihren Grundstückszufahren zugeparkt. Über den Bezirksrat sei eine Verlegung des Eingangs der Kita hin zur Lindenstraße gefordert worden.

Herr Stadtbaurat Leuer geht auf die Situation der Stadt Braunschweig hinsichtlich der aktuellen Finanzlage ein und betont, dass vor Kindertagesstätten der Elternverkehr immer ein besonderes Problem darstelle.

Herr Stadtbaurat Leuer sieht es daher als realistischer an, ohne einen Umbau des Eingangs der Kindertagesstätte Rathenowstraße die Halteverbote auf dem benachbarten Bolzplatz einzuschränken.

10. Ein Anwohner beklagt die Anfahrt von Eltern zur neuen Kindertagesstätte am „Heideblick“. Demnach fahren viele Eltern über die dafür nicht vorgesehene „Lavendelstraße“, die zu einem verkehrsberuhigten Bereich ausgebaut sei. Er schlägt vor, auf der vom „Heideblick“ aus gesehenen Grünfläche vor der Kindertagesstätte einen Parkplatz für die Eltern zu errichten.

Herr Bezirksbürgermeister Kroll berichtet, dass dieser Vorschlag des Stadtbezirksrates hinsichtlich des Parkplatzes bereits abgelehnt wurde, da die Grünfläche noch als Erweiterungsfäche für weitere Betreuungsplätze vorgesehen sei.

Herr Stadtbaurat Leuer sagt zu, dass sich die Verwaltung hier hinsichtlich der Situation „Lupinenweg“/„Lavendelstraße“ und „Heideblick“ einen Überblick verschaffen wird. Es sei allerdings ein Problem, eine Zufahrt verkehrsrechtlich zu regeln. Zielführender sei eher ein Appell der Leitung der Kindertagesstätte an die entsprechenden Eltern.

11. Ein Mitglied der BISS fragt nach, ob die Verbindung zwischen der „Ringstraße“ im Gewerbegebiet „Waller See“ und zum „Gieselweg“ als eine vierspurige Straße ausgebaut werden soll.

Herr Stadtbaurat Leuer betont, diese Sorge sei unberechtigt. Es sei dort keine Straßenverbindung vorgesehen.

12. Ein Bürger bittet um Auskunft, ob hinsichtlich der Zulässigkeit des Flächennutzungsplanes zum neuen Bebauungsplan TH 22 die Verwaltung das ArL mit einbezogen habe.

Herr Stadtbaurat Leuer berichtet, die Bauverwaltung habe wiederholt Kontakt mit dem ArL zu dem Thema aufgenommen. Lediglich in einem Detail sei man nunmehr anderer Auffassung. Durch VA-Beschluss kann dagegen Widerspruch eingelegt werden. Auch eine mögliche Klage ist nicht auszuschließen.

Der Bebauungsplan wird in Teilen geändert und anschließend nach dem entsprechenden Ratsbeschluss in Kraft gesetzt. Dies geschehe auf der Grundlage des teilweise genehmigten Flächennutzungsplanes.

13. Ein Bürger geht auf die illegal vorhandenen Container auf dem Gelände von der Firma Eckert und Ziegler Nuclitec ein. Die Beseitigungsanordnung der Stadt Braunschweig wird seitens der Firma beklagt. Kann die Stadt Braunschweig die Gerichtsentscheidung vorziehen lassen, um die Container zu beseitigen?

Herr Stadtbaurat Leuer antwortet, es sei angemessen, erst das Bebauungsplanverfahren abzuschließen, um danach mehr Eingriffsrechte zu haben. Es gibt keinen Bestandschutz für die dort illegal lagernden Container.

14. Ein Mitglied der BISS verliert den Genehmigungsbescheid aus 1967 für die Ansiedlung des ersten Betriebes in Thune und berichtet über bereits damals geäußerte Sorgen der Anwohner. Er fragt nach, warum man eine Erweiterung der Betriebe zulassen müsse und somit ein zweites „Ritterhude“ droht.

Herr Stadtbaurat Leuer erläutert, dass es damals um einen Bescheid hinsichtlich des Strahlenschutzes ging. Die Stadt Braunschweig selbst ist aber nur für das Planungsrecht zuständig. Hätte die Stadt Braunschweig beim neuen Bebauungsplan die Erweiterung der Firmen „auf null“ gesetzt, hätte die gerichtliche Überprüfung des neuen Bebauungsplanes absolut keine Chance auf eine Rechtskraft. Dies wäre eine reine Schönfärberei der Verwaltung gegenüber den besorgten Bürgerinnen und Bürger gewesen. Die Stadtverwaltung hat sorgsam abgewogen, um eine Rechtskraft des Bebauungsplanes auch vor den Gerichten möglichst zu erreichen.

15. Ein Mitglied der BISS beklagt die ständigen Verstöße gegen die 16-Tonnen-Beschränkung der Kanalbrücke Aschenkamp und fragt nach, ob dies auch im Hinblick auf die zu Eckert und Ziegler fahrenden schweren Lkw verhindert werden könne. Außerdem könnten neue Container angefahren werden, die alten allerdings könnten nicht verbracht werden.

Herr Stadtbaurat Leuer betont, die Container sind nach Strahlenschutzgenehmigungen erlaubt. Allerdings wurde keine Lagerfläche durch die Stadt Braunschweig genehmigt. Eine Verwaltungsanordnung muss immer verhältnismäßig sein. Da die Container derzeit nicht woanders hin verbracht werden können, wäre eine Anordnung auf sofortige Beseitigung unverhältnismäßig.

Gesetzesverstöße gegen eine Beschilderung seien leider nicht immer zu verhindern.

16. Ein Mitglied der BISS fragt nach, ob das Land durch die Stadt Braunschweig gedrängt wird, die Strahlenschutzgenehmigungen zu reduzieren.

Herr Stadtbaurat Leuer berichtet, es gäbe derzeit eingehende Prüfungen zu einer möglichen Reduzierung der Strahlenschutzgenehmigungen durch das Land Niedersachsen. Konkrete Prüfergebnisse liegen der Stadt Braunschweig aber bisher nicht vor.

17. Ein Anwohner beklagt das hohe Verkehrsaufkommen auf der Hauptstraße, insbesondere das hohe Verkehrsaufkommen und das zu schnelle Fahren vor dem neuen NP-Markt.

Herr Stadtbaurat Leuer berichtet, auf der Straße würden nach den Zählungen 9.500 Fahrzeuge am Tag fahren. Dies sei nicht sehr viel. Auch die Geschwindigkeitsmessungen haben keine erhöhten Geschwindigkeiten ergeben. Die Unfallzahlen seien lt. Polizeibericht unauffällig.

Herr Benschmidt berichtet über die anstehenden Umbauten an den Kreuzungen „Aschen-

kamp“/„Hauptstraße“ und „Wendebrück“/„Hauptstraße“, wodurch die Verkehrsberuhigung an diesen Kreuzungspunkten erheblich zunehmen wird.

Eine Aufbringung eines Zebrastreifens bedarf umfassender Umbauten, wie Absenkung der Bordsteine und Anbringung einer besonderen Beleuchtung.

18. Ein Bürger beklagt zwei verkehrliche Gefahrenpunkte in der Ortschaft Wenden:

- Bahnübergang Wendebrück
- Einmündung Hauptstraße auf die Gifhorner Straße am Milo-von-Bismarck-Platz

Das dortige Stop-Schild werde nicht beachtet. Außerdem könnten wartende Pkw die von der Brücke kommenden Radfahrer wegen des dortigen Wartehäuschens nicht sehen.

Lt. Herrn Stadtbaurat Leuer wird die Bahn hinsichtlich des Bahnübergangs immer wieder von der Stadt Braunschweig gedrängt, den Bahnübergang zu sanieren.

Hinsichtlich der Probleme am Milo-von-Bismarck-Platz bezüglich der Missachtung des Stop-Schildes ist die Polizeistation gefragt. Die Verwaltung wird die Polizei bitten, die Einhaltung der Verkehrsregeln zu überprüfen.

Nachdem keine Fragen mehr aus dem Bereich der Zuhörerinnen und Zuhörer kommen, schließt Herr Stadtbaurat Leuer die Bürgerfragestunde um 18.30 Uhr.

Herr Bezirksbürgermeister Kroll bedankt sich bei den Bürgerinnen und Bürgern für ihr großes Interesse sowie bei Herrn Stadtbaurat Leuer für die Durchführung der Fragestunde.

gez. Flamm
Protokollführer

Herrn Stadtbaurat Leuer
vorab zur Kenntnis und Freigabe.

Referat 0110 – Stabsstelle Ideen- und Beschwerdemanagement
zur Kenntnis und weiteren Bearbeitung.

Herrn Bezirksbürgermeister Kroll
zur Kenntnis.